

# Gemeinderat Adliswil

## Protokoll der 27. Plenumsitzung vom 11. März 2009

18.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

---

**Anwesend**                      Ratspräsidentin Barbara Häberli  
33 Ratsmitglieder  
Ratssekretärin Ida Hofstetter      Protokoll  
Ratsweibelin Lydia Schumacher

**abwesend**                      2 Ratsmitglieder

### Präsenz der Exekutivbehörde

<b>Stadtrat</b>	Harald Huber	Stadtpräsident
	Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
	Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
	Stephan Herzog	Soziales
	Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
	Walter Müller	Finanzen
	Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
	Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
	Patrick Stutz	Werke

<b>Schulpflege</b>	Rita Rapold	Schulpräsidentin
--------------------	-------------	------------------

## **Geschäfte**

- 1. Mitteilungen**
- 2. Einbürgerungsgesuche**
- 3. Allgemeine Fragestunde**
  - 3.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege
  - 3.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

#### **4. Ersatzwahlen**

- 4.1 Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sozialkommission
- 4.2 Ersatzwahl eines Mitgliedes der RGPK
- 4.3 Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sachkommission 2
- 4.4 Ersatzwahl des Präsidiums der Sachkommission 2

#### **5. Liegenschaft Zürichstrasse 12 (SRB 307/08)**

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Investitionskosten für die Innenausbauten der Mietliegenschaft Zürichstrasse 12 in der Höhe von 1'500'000 Franken
- Zustimmung zum Mietverhältnis für die Liegenschaft Zürichstrasse 12 mit der Pensionskasse der Stadt Adliswil zu einem jährlichen Mietzins von 360'000 Franken und Verabschiedung der entsprechenden Weisung zur Urnenabstimmung

#### **6. Änderung der Gemeindeordnung (SRB 16/09)**

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung der Änderungen der Gemeindeordnung vom 2. März 1997 und Verabschiedung der entsprechenden Weisung zur Urnenabstimmung

#### **7. Organisations- und Verwaltungsreform (SRB 15/09)**

Bericht des Stadtrates auf das Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil und Antrag auf Abschreibung

#### **8. 2000-Watt-Gesellschaft**

Postulat von Thomas Fässler und vier Mitunterzeichneten betr. 2000-Watt-Gesellschaft auch in Adliswil, Begründung

#### **9. Energiebuchhaltung**

Interpellation von Yannick Wettstein betr. Energiebuchhaltung/Kredit des Stadtrates über 15'000 Franken, Beantwortung

#### **10. Schulcontainer Schulhaus Werd**

Interpellation von Renato Günthardt betr. Belegung und Notwendigkeit der provisorischen Schulcontainer im Schulhaus Werd, Begründung, mündliche Beantwortung

#### **11. Budget 2009**

Interpellation von Kurt Frei betr. Budget 2009, Begründung

#### **12. Vandalismus**

Interpellation von Nicole Kappeler betr. Vandalismus in der Stadt Adliswil, Begründung und mündliche Beantwortung

**Die Ratspräsidentin Barbara Häberli** drückt einfühlsame Worte für das entführte Ratsmitglied Gabi Barco Greiner aus.

**Susy Senn, Präsidentin der RGPK**, bekundet im Namen der RGPK Betroffenheit.

## **1. Mitteilungen**

### **1.1 Entschuldigungen**

Für die heutige Sitzung sind abwesend:

Gabi Barco Greiner

Karl Meier

### **1.2 Rücktritt von Kurt Schütz**

Am 10. Dezember 2008 hat Kurt Schütz wegen Umzug nach Langnau am Albis den Rücktritt aus dem Gemeinderat und folglich auch aus der RGPK eingereicht. Der Bezirksrat hat das Gesuch per Ende Dezember 2008 gutgeheissen. Deshalb müssen wir Kurt Schütz heute verabschieden.

Kurt Schütz war vom 1.1.99 - 10.4.02 und vom 1.6.04 - 31.12.08 Ratsmitglied. Er arbeitete in folgenden Kommissionen mit:

- vom 10.5.2000 - 9.4.2002 in der Sachkommission 2

- und vom 3.6.2004 - 30.12.2008 in der RGPK

Daneben hat Kurt Schütz bei verschiedenen parlamentarischen Vorstössen mitgewirkt.

Die Ratspräsidentin würdigt Kurt Schütz' langjährige Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Kurt Schütz freut sich über die wohlwollenden Worte sowie für das Abschiedsgeschenk vom Gemeinderat und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Roger Neukom dankt Kurt Schütz im Namen der FDP-/EVP-Fraktion für sein stilles, tatkräftiges Schaffen.

### **1.3 Neues Ratsmitglied**

Die Ratspräsidentin heisst Hanspeter Clesle als Nachfolger von Kurt Schütz herzlich willkommen und wünscht ihm alles Gute und viel Freude im Gemeinderat.

### **1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates**

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 17. Dezember 2008 haben Rechtskraft erlangt.

## 1.5 Überweisungen an die RGPK

Am 16. Januar 2009 wurde überwiesen:

Anträge Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnung über die Umsetzung von Tempo 30-Massnahmen links und rechts der Sihl im Betrag von 584'805 Franken

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnungen

- über die Sanierung der Wasserleitung Kilchbergstrasse im Betrag von Fr. 267'430.60
- über die Sanierung der Kanalisation Kilchbergstrasse im Betrag von Fr. 275'353.50
- über die Verkehrsberuhigungsmassnahmen und die Sanierung der Kilchbergstrasse im Betrag von Fr. 783'583.45

Am 30. Januar 2009 wurde überwiesen:

Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Änderungen in der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adliswil vom 2. März 1997 und Verabschiedung der „Weisung zur Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 für die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 02.03.1997“ zuhanden der Urnenabstimmung

Am 4. Februar 2009 wurde überwiesen:

- Antrag des Stadtrates auf Veräusserung der Wohnliegenschaft Zürichstrasse 24, Adliswil zum Gesamtpreis von 750'000 Franken und Genehmigung des Kaufvertragsentwurfs vom 14.1.09
- Antrag des Stadtrates auf Genehmigung des Verkaufs der Wohnliegenschaften Zipfelweg 4 und 6 im Eigentum der Pensionskasse der Stadt Adliswil zum Preis von 1'453'360 Franken und Genehmigung des Kaufvertragsentwurfs vom 20.1.09 für die beiden Wohnliegenschaften sowie für die Baulandparzelle Kat. Nr. 7110 zum Gesamtverkaufspreis von 1'750'000 Franken
- Anträge des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnung
  - über die Neugestaltung Knoten Sood im Betrag von Fr. 709'073.45
  - über die Anpassung und Instandsetzung Leimbachstrasse im Betrag von Fr. 328'618.20

## 1.6 Fraktions-, Kommissionserklärungen und persönliche Erklärungen

**Susy Senn, Präsidentin der RGPK**, informiert, dass im Kontext mit der Bauabrechnung der Sanierung der Flachdächer der Schulanlage Zopf, die der Gemeinderat am 3.9.08 genehmigt hatte, die kantonale Subvention am 22.12.08 eingetroffen ist. Dies war ungewiss, weil die Sanierung vor rund zehn Jahren erfolgte, die Bauabrechnung jedoch erst im 2008 dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Für die RGPK ist somit die Sache erledigt. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten der Schule und der Stadt für ihre Bemühungen.

**Peter Barmettler, im Namen der Fraktion FDP/EVP**: Heute möchten wir wieder einmal an die Gleichstellung von Frau und Mann erinnern. Es geht um die grund-

sätzliche Einbürgerungspraxis, die unser Parlament unserer Ansicht nach verfolgen sollte. Wir sind der Meinung – und dies wurde im Rat bereits diskutiert – dass eine Familie mit all ihren Mitgliedern gemeinsam eingebürgert werden sollte. Dies aus Gründen der Gleichberechtigung von Frau und Mann und einem Vermeiden der Schlechterstellung der Ehefrauen. Lässt sich nur ein Ehepartner einbürgern, ist es nämlich in den meisten Fällen die Ehefrau, die nicht in das Verfahren miteinbezogen wird. Klar, dies kann unterschiedliche Gründe haben. Aber auch klar ist, dass die Ehefrau dann gegenüber ihrem Ehemann und den Kindern – bis zu ihrer eigenen Einbürgerung – bestimmt schlechter gestellt ist. Die Abhängigkeit gegenüber dem Ehepartner ist ohne Schweizer Bürgerrecht viel grösser. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die Ehefrau lange oder gar nie einbürgern lassen wird. Der unglückliche Fall, dass die Ehefrau und Mutter eines Tages alleine für die Familie hier in der Schweiz verantwortlich sein könnte, sei nur am Rande erwähnt. Die einheitliche Behandlung der Familie ist auch in anderen Rechtsgebieten, wie z. B. im Zivil- und Asylrecht ein anerkanntes Prinzip. Wir möchten klar betonen, dass es nicht darum geht, einzelnen Einbürgerungen bewusst Hindernisse in den Weg zu legen. Sondern es geht um die Stärkung der Stellung von Frauen. Alle Familienmitglieder sollen schnell Deutsch lernen und sich integrieren und sich dann gegenseitig unterstützen, die nötigen Anforderungen zu erfüllen. Wir bitten darum die VKE, Eheleute anzuhalten, in entsprechenden Fällen noch zuzuwarten, bis auch ihr Ehepartner so weit ist, damit man sich gemeinsam einbürgern lassen kann.

Unter den elf Gesuchen, die heute zur Einbürgerung kommen, lässt sich in drei Fällen jeweils nur ein Ehepartner alleine einbürgern. In zwei Fällen ist der Grund, weshalb dies so ist, auf den unseren Unterlagen leider nicht ersichtlich. Diese Informationen sind bestimmt im Stadthaus einsehbar. Wir bitten die Verwaltung, uns Gemeinderäten, die alle im Milizsystem tätig sind, diese wichtige Angabe künftig im Sinne einer einfacheren und schnelleren Informationsbeschaffung auch auf unseren Unterlagen zu vermerken. Wir wünschen den Kandidaten auf der Tribüne, insbesondere den Ehefrauen, ein selbstbewusstes Teilhaben in unserer Gemeinde und alles Gute.

### **1.7 Fristverlängerung für einen pendenten Vorstoss**

Die Ratspräsidentin teilt mit, dass für den Bericht und Antrag auf die Motion von Fredi Morf zum Beschluss des Gemeinderates vom 2.11.05 „Neuer linksseitiger Sihluferweg mit Wegbeleuchtung“ mit dem Motionär eine Fristverlängerung bis Ende 2009 vereinbart wurde.

## 1.8 Protokoll

Zum Protokoll vom 17. Dezember 2009 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

## 1.9 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 1. April 2009 statt.

## 1.10 Traktandenliste

Max Stenz stellt folgenden Antrag:

Die Traktandenliste, 4.3, wird wie folgt geändert: „Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Sachkommission 2“.

Die Anwesenden sind damit einverstanden.

## 2. Einbürgerungsgesuche

### Robert Wälle, Präsident der VKE:

Am 5.11.08 habe ich erklärt, dass die VKE eine Vernehmlassung zum neuen Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrechts verfassen wird. Nachdem ich aber festgestellt habe, dass an diesem neuen Gesetz kein grosses Interesse besteht und auch der Stadtrat auf Vernehmlassung verzichtet hat, bin ich zum Schluss gekommen, ebenfalls auf eine Stellungnahme zu verzichten. Durch das Nichteintreten auf die Vernehmlassung ist für die Stadt Adliswil kein Schaden entstanden, und es hat auch nicht zu einer Veränderung von unserem Einbürgerungsverfahren geführt.

### Einbürgerungsgesuche

**Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes im Protokoll nicht.**









### 3. Allgemeine Fragestunde

#### 3.1 Schriftliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege

**Davide Loss:** Die Finanzkrise trifft uns alle hart und wird nicht spurlos an uns vorbeigehen. Sie wird auch langfristige Auswirkungen für die Stadt Adliswil zur Folge haben. Mehr als 20 % des Steuersubstrats stammt von den juristischen Personen. In Adliswil sind zahlreiche Grossunternehmungen angesiedelt, die aufgrund der horrenden Verluste keine Steuern mehr bezahlen werden. Die SWISS RE beispielsweise hat einen Rekordverlust eingefahren und 82 % ihres Aktienkapitals verloren. Zu beachten gilt es auch, dass sämtliche Verluste über sieben Jahre abgeschrieben werden können. Zahlreiche Arbeitnehmende werden durch die Finanzkrise unmittelbar betroffen. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Stadtrat aktiv den Kontakt zu den Grossunternehmungen gesucht, namentlich zur SWISS RE?
2. Hat der Stadtrat diesbezüglich ein Konzept, wie er den Dialog ausgestalten will?
3. Welche Auswirkungen wird die Finanzkrise für die Stadt Adliswil aus jetziger Sicht haben?

**Stadtrat Walter Müller:** Der Stadtrat pflegt seit einigen Jahren engen Kontakt mit den grossen Adliswiler Unternehmungen und ist mit ihnen bezüglich Steueraufkommen im Gespräch. Wir werden dies wieder tun, wenn wir das Budget 2010 erstellen. Ein konkretes Dialog-Konzept haben wir nicht, aber es ist klar, dass wir wissen möchten, wie viel Steuereinnahmen jeweils erwartet werden können. Die Finanzkrise wird auch für Adliswil negative Auswirkungen haben, dies aber wahrscheinlich erst nach 2010. Wir werden Sie zu gegebener Zeit informieren.

**Davide Loss:** Der Gemeinderat hat mit der Überweisung des Postulats von Clemens Ruckstuhl und sieben Mitunterzeichneten vom 19. Februar 2007 betreffend Fussgängerstreifen an der Soodstrasse den Stadtrat eingeladen zu prüfen, ob an der Soodstrasse auf der Höhe des Schulhauses Werd ein Fussgängerstreifen angebracht werden könne. An der Gemeinderatssitzung vom 4. Juni 2008 schrieb der Gemeinderat das Postulat auf ein Versprechen des Stadtrats hin, in dieser Sache den Rechtsweg gegen den Kanton Zürich zu beschreiten, ab. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Stadtrat den Rechtsweg gegen den Kanton Zürich beschritten? Wenn ja, wann?
2. Hält der Stadtrat an seinem Ziel, auf der Soodstrasse einen Fussgängerstreifen anzubringen, fest?
3. Wie sieht der Stand des Verfahrens aus und wann folgen die nächsten Schritte?
4. Rechnet der Stadtrat damit, dass in Bälde ein Fussgängerstreifen auf der Soodstrasse angebracht werden kann?

**Stadtrat Didier Falbriard:**

Zur 1. Frage: Der Stadtrat wird morgen den Rekurs gegen den kantonalen Entscheid

einreichen.

Zur 2. Frage: Es handelt sich nicht um einen, sondern um zwei Fussgängerstreifen, die wir gewünscht haben. Derjenige der Alterssiedlung Soodmatten ist bewilligt und wird nächstens aufgezeichnet. Beim zweiten Fussgängerstreifen handelt es sich nicht um einen auf der Höhe des Schulhauses Werd, sondern beim Kindergarten Isengrund, der seitens Kanton abgelehnt wurde.

Zur 3. Frage: Wie erwähnt, werden wir morgen den Rekurs einleiten. Erfahrungsgemäss wird es zirka zwei Jahre dauern, bis ein Entscheid des Regierungsrates gefällt wird. Solange darf der gewünschte Fussgängerstreifen nicht markiert werden.

Zur 4. Frage: Siehe Antwort auf die zweite Frage. Wir werden den Fussgängerstreifen - sobald das Wetter geeignet ist - beim Alterszentrum aufzeichnen, denjenigen beim Kindergarten Isengrund voraussichtlich noch lange nicht, wenn überhaupt.

### **3.2 Mündliche Fragen an den Stadtrat oder die Schulpflege**

**Stefan Winter:** Die Albisstrasse wird saniert und in diesem Zuge wird grad auch der Gehweg saniert. Bei der Baudauer ist die Rede von einem Jahr. Nun habe ich von einem Mitarbeiter des Ressorts Sicherheit erfahren, dass es zwei Jahre dauern könnte. Was stimmt nun?

**Stadträtin Astrid Romer Schneiter:**

Nach meinem Wissenstand ist für die Sanierungsarbeiten ein Jahr geplant. Zu berücksichtigen ist, dass während der Winterzeit je nach Witterung allfällige Baustopps erlassen werden müssen, das hängt von den Temperaturen und dem Baufortschritt ab. Wenn alles gut läuft, sollten die Arbeiten in einem Jahr abgeschlossen sein.

**Stefan Winter:** Ist bei einem schwierigen Winter ein Rückbau der Abschränkungen denkbar, wenn über drei, vier Monate ein Baustopp angeordnet werden müsste?

**Stadträtin Astrid Romer Schneiter:**

Es müssen Werkleitungen eingebaut und dafür müssen Gräben ausgehoben werden. Über diese könnte man zwar Platten legen, aber ob man die vorbereitete Bauorganisation plötzlich ändern kann, kann ich jetzt nicht sagen.

**Franco Rossi:** Vor mehr als einem Jahr hat die SVP-Fraktion in einem ausführlichen Schreiben zur Soodstrasse. U. a. wurden die Fussgängerstreifen moniert. In einer mündlichen Auskunft haben wir erfahren, dass es nicht möglich sei, in einer Tempo 30-Zone Fussgängerstreifen zu erstellen. Wir haben auf mehrere Stadtzürcher Strassen mit Tempo 30-Zone und Fussgängerstreifen (z. B. Tannenrauchstrasse) hingewiesen. Ich freue mich, dass sich so lange Zeit nach unserem Vorstoss die SP dieser Sache annimmt, und dass es jetzt offenbar möglich ist. Ich frage mich nur: „Wieso“?

**Clemens Ruckstuhl:** Ich habe seinerzeit das Postulat eingereicht, und ich bin diesbezüglich in ständigem Kontakt mit Stadtrat Didier Falbriard, weil ich an dieser Soodstrasse immer wieder sehr heikle Situationen zwischen Kindern und Autofahrern antreffe. Ich bitte nochmals eindringlich um Realisierung eines Fussgängerstreifens beim Kindergarten.

## **4. Ersatzwahlen**

### **4.1 Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sozialkommission**

Aufgrund des Rücktrittes von Stefan Caduff aus der Sozialkommission ist seine Nachfolge zu wählen. Der Präsident der IFK, Max Stenz, schlägt Roger Marty zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Beschluss**

Roger Marty wird ab sofort als Mitglied der Sozialkommission für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

### **4.2 Ersatzwahl eines Mitgliedes der RGPK**

Aufgrund des Rücktrittes von Kurt Schütz sowohl aus der RGPK als auch aus dem Gemeinderat ist seine RGPK-Nachfolge zu wählen. Der Präsident der IFK, Max Stenz, schlägt Thomas Iseli zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Beschluss**

Thomas Iseli wird ab sofort als Mitglied der RGPK für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

### **4.3 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Sachkommission 2**

Aufgrund des Rücktrittes von Thomas Iseli und Max Stenz aus der Sachkommission 2 ist ihre Nachfolge zu wählen. Der Präsident der IFK, Max Stenz, schlägt Hanspeter Clesle und Ruedi Bräuer zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Beschluss**

Hanspeter Clesle und Ruedi Bräuer werden ab sofort als Mitglied der Sachkommission 2 für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

### **4.4 Ersatzwahl des Präsidiums der Sachkommission 2**

Aufgrund des Rücktrittes von Thomas Iseli als Präsident der Sachkommission 2 ist seine Nachfolge zu wählen. Der Präsident der IFK, Max Stenz, schlägt Nicole Kappeler zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

#### **Beschluss**

Nicole Kappeler werden ab sofort als Präsidentin der Sachkommission 2 für den Rest der Amtsdauer 2006 - 2010 gewählt.

## 5. Liegenschaft Zürichstrasse 12 (SRB 307/08)

### Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Investitionskosten für die Innenausbauten der Mietliegenschaft Zürichstrasse 12 in der Höhe von 1'500'000 Franken
- Zustimmung zum Mietverhältnis für die Liegenschaft Zürichstrasse 12 mit der Pensionskasse der Stadt Adliswil zu einem jährlichen Mietzins von 360'000 Franken und Verabschiedung der entsprechenden Weisung zur Urnenabstimmung

### Clemens Ruckstuhl, Referent der RGPK:

Der Weg zu diesem Geschäft basiert vom Stadtrat und der Pensionskasse auf zwei Überlegungen:

1. Die Pensionskasse erwirbt die Liegenschaft und die Stadt Adliswil mietet die Räume von der Pensionskasse.
2. In der ersten Phase wird das Geschäft zuerst dem Gemeinderat und dem Volk vorgelegt, in der zweiten Phase erst erfolgen detailliertes Planen und Ausführen.

In die Zuständigkeit des Gemeinderates fällt:

1. die Kosten für den mieterspezifischen Innenausbau
2. die wiederkehrenden Kosten für den Mietzins an die Pensionskasse
3. der Antrag zuhanden der Urnenabstimmung

Die RGPK hat bei der Prüfung wichtige Eckdaten erhoben wie z. B. Flächenbedarf, Aufwendungen für heutige Mietkosten, Zusammenlegen der Abteilungen usw. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die Abteilungen in den Liegenschaften Zürichstrasse 11 - 15 im neuen Gebäude Platz haben sollten, dies bei neutralen Aufwendungen für die Miete. Prüfungsgrundlagen waren die Zustandsanalyse über alle Liegenschaften der Stadt Adliswil, die Kaufpreisschätzung von Wüst und Partner und der Gebäudecheck der Firma ARGE Achermann AG. Zum Kaufpreis ist folgendes zu sagen:

- Die Erhebung der detaillierten Kosten für die verschiedenen Mietflächen hat Mietkosten von Fr. 360'000.-- ergeben, was den marktüblichen Preisen entspricht.
- Die Kapitalisierung der Liegenschaft mit 6 % anhand der Mieterträge ergibt einen gesamten sanierten Investitionsbedarf für den Erwerb durch die Pensionskasse von rund 6 Mio. Franken.
- Die Quantifizierung der Investitionskosten für die Fassadenrenovation, Altlastensanierung und Innenausbauten wurden im Detail geprüft.
- Dank der RGPK konnte der Kaufpreis für die Pensionskasse um Fr. 200'000.-- reduziert werden, und zwar zugunsten der zusätzlichen Massnahmen für die Sanierung der Schadstoffe.

Schadstoffe waren ein wesentliches Thema bei diesem Geschäft. Das Haus enthält nämlich die Schadstoffe PCB, PAK und Asbest. Für die Quantifizierung dieser Altlasten hat die ARGE Achermann am 19.9.08 einen Gebäudecheck durchgeführt. Dabei resultierte

folgendes:

- Asbest: Asbest ist ein Naturprodukt, das in gebundener Form nicht schädlich ist. Erst bei der Freisetzung der Asbestfasern wird es für den Menschen gefährlich. Es hat im Gebäude geringe Mengen von gebundenem Asbest, vor allem im Bereich Fassadenelemente, einzelne Elektroverteilungen und Abluftklappe Heizraum, wurden belastete Bauteile gefunden. Bei einem Umbau und folglichem Entfernen dieser Gebäudeteile muss die EKAS-Richtlinie 6503 eingehalten werden. So kann eine Freisetzung bei unsachgemässer Bearbeitung ausgeschlossen werden kann.
- PCB (Polychlorierte Byphenyle): PCB-haltige Stoffe sind sogenannte Weichmacher in Kunststoffen, die in den sechziger Jahren in vielen Stoffen eingesetzt wurden. An der Zürichstrasse 12 wurde PCB vor allem im Bereich der Aussenfugen und Fensterabdichtungen gefunden. Diese Schadstoffe können über die Luft oder vorwiegend über den Kontakt mit der Haut aufgenommen werden. Sie sind bei einer Sanierung gemäss den „Richtlinien für PCB-haltige Fugenmassen“ vom BUWAL zu sanieren.
- PAK (Plycyclische Aromatische Kohlenwasserstoffe): Diese Stoffe kommen in Abgasen und Rückständen von verbranntem Mineralöl und Teer vor. Auch in geräucherten Lebensmitteln und im Tabakrauch ist PAK enthalten. Im Gebäude der Zürichstrasse 12 sind wenige dieser Stoffe auf sogenannten Teerpapieren der Fassadenelemente im 4. Obergeschoss und an den Deckenabschlüssen unter den Hohldecken gefunden worden. Auch diese Schadstoffe sind gemäss den geltenden Richtlinien zu entsorgen.

Gesamthaft stellen wir fest, dass im Gebäude Schadstoffe vorhanden sind. Diese sind aber klar quantifizierbar und lassen sich bei den Umbauarbeiten mit den richtigen Massnahmen problemlos aus dem Gebäude entfernen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten konnten durch die Reduktion des Kaufpreises kompensiert werden. Zu diesem Schluss kommt auch das Gutachten der ARGE Achermann AG. Die RGPK empfiehlt jedoch der Pensionskasse, die Sanierung der Gebäudehülle gleichzeitig mit den Umbauarbeiten für die Verwaltung vorzunehmen, also vor Bezug der Büroräume. Wir sind der Meinung, dass die Fassadensanierung zu einem späteren Zeitpunkt - wenn die städtischen Abteilungen bereits eingezogen sind - den Verwaltungsbetrieb unnötig stören würde.

Noch ein Wort zu den Innenausbaukosten: Da der mieterspezifische Innenausbau in keiner Weise definiert ist, hat die RGPK beschlossen, den vorgesehenen Betrag von Fr. 1'500'000.-- als Kostendach zu definieren und allfällige gebundene Kosten in dieses Kostendach zu integrieren. Hierfür stellen wir den **Antrag**, 3.1 des Stadtratantrages wie folgt zu ändern:

**Die Investitionskosten für den mieterspezifischen Innenausbau in der Mietliegenschaft Zürichstrasse 12 in der Höhe von maximal 1'500'000 Franken (Kostendach) werden zu Lasten Konto 131.5030.03 genehmigt. In diesem Kostendach sind auch allfällige gebundene Kosten enthalten.**

Mit diesem Änderungsantrag, aufgrund der vorliegenden Fakten und angesichts der Chance, die Verwaltung aus den Liegenschaften Zürichstrasse 11 - 15 in einem neuen Gebäude zu zentralisieren, stellt sich die RGPK einstimmig hinter dieses Geschäft.

Noch einen Hinweis: In der Weisung Seite 9 ist das Datum und der Wortlaut den effek-

tiven Umständen anzupassen.

**Stadtrat Walter Müller** informiert mit einer ausführlichen Powerpoint-Präsentation über dieses Geschäft - siehe Anhang 1.

**Rita Schmid:**

Die SP-Fraktion kann den vorliegenden Anträgen im heutigen Zeitpunkt nicht zustimmen und stellt deshalb einen Rückweisungsantrag. Wir haben uns dies nicht einfach gemacht, sondern ausgiebige Diskussionen geführt, denn es sprechen auch sehr viele Argumente dafür. Die bisherigen Stadtverwaltungsliegenschaften befinden sich aber auf einem strategisch bedeutenden Grundstück von Adliswil. Drei Hauptgründe haben uns zu einem Rückweisungsantrag bewogen:

1. Für das Zentrumsareal Sihlquai mit den bestehenden Bauten und dem Parkplatz fehlt ein Gestaltungsplan. Erst wenn ein solcher vorliegt und wir beurteilen können, ob das städtebauliche Nutzungs- und Qualitätspotential ausgeschöpft wird und es zu einer notwendigen Attraktivitätssteigerung kommt, erst dann können wir diesen Anträgen zuzustimmen.
2. Die SP-Fraktion schätzt das öffentliche Interesse an einer diesbezüglich umsichtigen Gesamtplanung als ausserordentlich hoch ein. Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Adliswiler Bevölkerung wissen möchte, was im Stadtzentrum baulich und gestalterisch passieren soll. Für uns heisst das, Verantwortung zu übernehmen und heute „nein“ zu sagen.
3. Die SP-Fraktion bezweifelt, dass sich die Stadt Adliswil in der heutigen angespannten Finanzsituation leisten kann, ohne Gesamtplanung für mehr als zehn Jahre mit einem Mietvertrag mit wiederkehrenden Kosten von Fr. 360'000.-- zu verpflichten. Auch für die Investition von maximal 1,5 Mio. Franken kann man, nach all dem, was wir bezüglich Schadstoffe gehört haben, im Kontext mit Nachhaltigkeit Fragezeichen setzen.

Unser Rückweisungsantrag lautet wie folgt:

**Das Geschäft Nr. 307, Liegenschaft Zürichstrasse 12, Kauf durch Pensionskasse und Miete durch die Stadtverwaltung, wird an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, dem Gemeinderat für das heutige Zentrumsareal mit den bestehenden Bauten und dem Parkplatz Sihlquai einen Gestaltungsplan vorzulegen, der das vorhandene qualitative und quantitative städtebauliche Potenzial ausschöpft.**

**Stadtrat Alphons Kappeler:**

Im jetzigen Zeitpunkt einen Gestaltungsplan über die freiwerdende Fläche im Zentrum Ost zu machen, wäre unsinnig. Man muss für einen Gestaltungsplan Kriterien haben und ein Gestaltungsplan bedingt einen Wettbewerb, der mehrere Hundert Tausend Franken kosten würde, und dies ohne Gewähr für eine Umsetzung. Wir haben hier im Gemeinderat schon einmal mit einem solchen Wettbewerb ein Desaster erlebt, mit dem wir eine Million Franken in den Sand gesetzt haben.

Für dieses Grundstück, auf dem eine Gestaltungsplanpflicht liegt, braucht es einen In-

vestor, der das Land kaufen und die Planung übernehmen will, beispielsweise mit einem Gestaltungsplan, wo sich die Stadt massgeblich miteinbringen kann. Nur ein solches Vorgehen führt zum Ziel. Dieses Vorgehen haben wir anhand von mehreren Beispielen in der jüngsten Planung (Gestaltungsplan Moos, Grütpark etc.) aufgezeigt.

**Fredi Morf:**

Für uns von der SVP ist es die richtige Entscheidung, jetzt die Chance zu nutzen, um die Verwaltung zu zentralisieren. Es handelt sich dabei um eine einmalige Gelegenheit zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der städtischen Mitarbeitenden, Synergien zu schaffen. Die SVP-Fraktion geht noch weiter: Bei einem allfälligen späteren Verkauf der bisher genutzten Liegenschaften möchten wir unbedingt erreichen, dass auch die Liegenschaften Zürichstrasse 1 und 3, in welchen derzeit u. a. das Peppermint untergebracht ist, in den Verkauf integriert werden. Dadurch könnte man im Zentrum Ost etwas bewegen, und eine Neugestaltung des ganzen Areals wäre möglich. Die SVP-Fraktion unterstützt in diesem Sinne das Geschäft einstimmig.

**Roger Neukom:**

Auch wir von der FDP-/EVP-Fraktion haben uns intensive Gedanken zu diesem Geschäft gemacht. Es wurde schon vieles gesagt, dem wir uns anschliessen können. Auch wir finden die unkonventionelle Vorgehensweise des Stadtrates besonders lobenswert. Es macht keinen Sinn, jedes Projekt dieser Grössenordnung bis und mit Bauprojekt und Kostenvoranschlag mit Planern anzugehen und dann zu begraben. Das kostet viel Geld und bringt nichts. Weiter ist auch der Einsatz der RGPK, der eine Kaufpreisreduktion von Fr. 200'000.-- zur Folge hat, lobenswert. Wir haben gehört, dass bei den Liegenschaften Zürichstrasse 11, 13 und 15 Sanierungsbedarf da ist, der schnelles Handeln bedingt. Auch deshalb ist dieses Geschäft mit dem ehrgeizigen stadträtlichen Zeitplan mit Umzug im Januar 2010 zu unterstützen. Ich teile die Besorgnis der SP nicht, denn spätestens wenn der Stadtrat das Land verkauft, kommt es in den Gemeinderat, vielleicht sogar vors Volk, d. h. wir können da sicher noch mitreden. Auch wir meinen, eine solche Chance muss man packen, und zwar sofort. Ich kann Ihnen die einstimmige Zustimmung unserer Fraktionsgemeinschaft geben.

**Franco Rossi:**

Nachdem der Kaufpreis Fr. 200'000.-- weniger beträgt, bitte ich den Präsidenten der Pensionskasse (Stadtrat Walter Müller) das Gespräch mit dem Finanzvorstand (Stadtrat Walter Müller) aufzunehmen, mit dem Ziel, die Stadt an der Kaufpreisreduktion über den Mietzins partizipieren zu lassen.

**Beschlüsse**

**Rückweisungsantrag der SP:**

Ablehnung.

**Änderungsantrag der RGPK zu 3.1 des Antrages des Stadtrates:**

Die Investitionskosten für den mieterspezifischen Innenausbau in der Mietliegenschaft Zürichstrasse 12 in der Höhe von maximal 1'500'000 Franken (Kostendach) werden zu Lasten Konto 131.5030.03 genehmigt. In diesem Kostendach sind auch allfällige gebundene Kosten enthalten:

Zustimmung.

**3.2 des Antrages des Stadtrates:**

Dem Mietverhältnis für die Liegenschaft Zürichstrasse 12 mit der Pensionskasse der Stadt Adliswil zu einem jährlichen Mietzins von 360'000 Franken (indexiert) exkl. Nebenkosten, wird zu Lasten Konto 131.3160 zugestimmt:

Zustimmung.

**3.3 des Antrages des Stadtrates:**

Die Weisung zur Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 „Miete der Geschäftsliegenschaft Zürichstrasse 12 durch die Stadtverwaltung Adliswil“ wird zu Handen der Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 verabschiedet:

Zustimmung.

## 6. Änderung der Gemeindeordnung (SRB 16/09)

### Anträge des Stadtrates auf Genehmigung der Änderungen der Gemeindeordnung vom 2. März 1997 und Verabschiedung der entsprechenden Weisung zur Urnenabstimmung

#### Yannick Wettstein, Referent der RGPK:

Fast vier Jahre nach Einreichung der Motion „Reorganisation des Stadtrates/der Kommissionen“ durch die Fraktionen der CVP, FDP und SVP liegt uns heute Abend der Antrag des Stadtrates auf Teilrevision der Gemeindeordnung zuhanden der Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 vor. Sollte das Adliswiler Stimmvolk diese Vorlage in zwei Monaten annehmen, wird es auf die kommende Legislaturperiode 2010 - 2014 hin im Wesentlichen zu folgenden Änderungen kommen:

- die Anzahl der Stadratsmitglieder wird von heute 9 auf neu 7 reduziert
- der Stadtrat erhält die Möglichkeit, seine Aufgaben flexibler auf die einzelnen Mitglieder aufzuteilen
- die Gesundheitskommission wird aufgehoben

Zwei weitere Anpassungen betreffen den Bereich der Schule:

- der Kreis der Teilnehmenden an den Sitzungen der Schulpflege wird neu definiert
- die Anstellungskompetenz für das gesamte Verwaltungspersonal der Schule wird vom Stadtrat an die Schulpflege übertragen

Fragen rund um die Restrukturierung der städtischen Behördenorganisation sorgten während der letzten Monate und Jahre immer wieder für Gesprächsstoff. Bevor ich im Detail aus Sicht der RGPK Stellung zum uns heute vorliegenden stadträtlichen Revisionsentwurf beziehe, erlaube ich mir deshalb einige Bemerkungen zum Werdegang dieser Vorlage. Die bereits erwähnte Motion Reorganisation aus dem Jahr 2005, welche am Ursprung der heutigen Diskussion steht, enthielt im Wesentlichen zwei Forderungen:

- der Stadtrat wurde beauftragt, dem Gemeinderat einen Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung zu unterbreiten, in welchem die neue Konstellation der Exekutive i. S. einer Reduktion der Mitgliederzahl sowie einer Neustrukturierung des Gremiums enthalten ist
- die Neubestimmung der Anzahl der Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen sowie die Stellung der Schule

Konfrontiert mit diesen Forderungen der Motionäre, führte der Stadtrat Ende 2007 bei den Ortsparteien und Kommissionen eine Vernehmlassung zu den sich stellenden Fragen der künftigen Behördenorganisation durch. Auf der Grundlage der Vernehmlassungsantworten erarbeitete der Stadtrat schliesslich einen ersten Revisionsentwurf, welcher am 15. September 2008 zur ersten Lesung in die RGPK gelangte. Dieser erste Revisionsentwurf ging einerseits über die Forderungen der Motion hinaus, indem er unter anderem eine Reduktion des Gemeinderates von 36 auf 24 Mitglieder und der RGPK von 9 auf 7 Mitglieder enthielt. Die Frage der Integration der Schule in den Stadtrat wurde dagegen ohne weitere Begründung aus der Vorlage ausgeklammert. Die Diskussion des ersten Revisionsentwurfes in der RGPK ergab, dass die Reduktion des Stadtrates, die

Frage der Flexibilisierung der Ressortorganisation sowie die Beibehaltung der Bau-, Sozialkommission respektive die Abschaffung der Gesundheitskommission unbestritten waren. Auf klare Ablehnung stiess dagegen die geplante Reduktion von Gemeinderat und RGPK.

Was die Frage der Integration der Schule in den Stadtrat angeht, ging zwar eine Mehrheit der RGPK im Ergebnis mit dem Stadtrat einig, dass eine Integration zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre und eher eine Belastung als eine Entlastung für die Beteiligten darstellen würde. Jedoch erschien es aus Sicht der RGPK nicht nachvollziehbar, weshalb im Revisionsentwurf eine mögliche Integration kommentarlos ausgeklammert wurde. Denn zum einen bildete die Frage einen der beiden Hauptpfeiler der Motion Reorganisation und zum anderen war auch aus den Vernehmlassungsantworten keine Mehrheit gegen eine Integration abzuleiten.

Um trotz dieser Diskrepanzen das Gesamtprojekt – und insbesondere die Forderung der Motionäre nach einer Reduktion des Stadtrates – nicht zu gefährden, kam es am 7. Oktober zu einer Aussprache im Rahmen eines Treffens zwischen den Prüfern und dem Stadtpräsidenten. Infolge der Reaktionen aus der RGPK entschloss sich der Stadtrat, das Geschäft vorläufig zurückzuziehen und eine separate Vernehmlassung zu der umstrittenen Reduktion von Gemeinderat und RGPK durchzuführen. Nachdem sich in dieser Vernehmlassung alle Fraktionen, mit Ausnahme der SP, für die Beibehaltung des Status Quo ausgesprochen hatten, kippte der Stadtrat diese Punkte aus der Vorlage. Im Bezug auf die Integration der Schule in den Stadtrat entschied sich der Stadtrat abermals dagegen, die Frage dem Volk vorzulegen.

Der zweite Revisionsentwurf, über den wir heute Abend abstimmen, präsentiert sich somit als abgespeckte Variante des ersten Entwurfs. Die verbleibenden Punkte – Reduktion des Stadtrates, Flexibilisierung der Ressortorganisation, Aufhebung der Gesundheitskommission sowie die vorgeschlagenen Anpassungen im Schulbereich (Teilnehmende an den Schulpflegesitzungen, Anstellungskompetenzen) waren in der RGPK unbestritten. Die RGPK ist überzeugt, dass sich durch die Verkleinerung des Stadtrates und der damit verbundenen Reduktion der Anzahl Ressorts weitere Möglichkeiten für eine effiziente Verwaltungsführung zur Nutzung von Synergien und zur Vereinfachung von Prozess- und Entscheidungsabläufen ergeben werden. Zudem vollzieht die Stadt Adliswil mit dieser Reduktion eine Anpassung auf das im Gemeindevergleich übliche Mass. Von den 44 grössten Schweizer Parlamentsgemeinden haben neben Adliswil nur noch die Illnau-Effretikon und die Stadt Zürich eine 9-köpfige Exekutive. Auch die Flexibilisierung der Ressortdefinitionen erachtet die RGPK als positiv. Gleichzeitig erwartet die RGPK jedoch, dass diese Flexibilisierung der Aufgaben- und Zuständigkeitszuteilung nicht zu einer Verwischung der politischen Verantwortlichkeiten führen wird. Die Aufhebung der Gesundheitskommission ist das Ergebnis der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere ist es den Gemeinden aufgrund der neuen Lebensmittelgesetzgebung seit anfangs Jahr nicht mehr erlaubt, selbständig Lebensmittelkontrollen durchzuführen. Die verbleibenden Aufgaben der Gesundheitskommission können von der Verwaltung resp. vom Stadtrat wahrgenommen werden.

Zum Schluss kann ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Teilrevisionsentwurf bereits die rechtliche Vorprüfung durch das kantonale Gemeindeamt durchlaufen hat. Da-

bei wurden keine Konflikte mit übergeordnetem Recht festgestellt. Zusammenfassend empfiehlt Ihnen die RGPK einstimmig, den Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat zuhanden der Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 anzunehmen.

**Stadtpräsident Harald Huber:**

Der Sprecher der RGPK hat gesagt, was mir betreffend Werdegang dieses Geschäftes auch noch zu sagen geblieben wäre. Der Stadtrat schätzt die positive Prüfung der RGPK sehr, und er ist sich bewusst, dass es sich nicht um eine grosse Teilrevision handelt. Er ist aber das zentrale Thema - die Reduktion der Exekutive und die Flexibilisierung der Ressortzuteilung - angegangen. Ich bedanke mich bei der RGPK für die konstruktiven Gespräche im Rahmen der Prüfung.

**Thomas Fässler:**

Wie wir bereits mit der Einreichung der Motion gezeigt haben, ist uns die Reorganisation ein wichtiges Anliegen. Die geänderten Aufgabenstellungen fordern diese Reorganisation. Der Stadtrat kann flexibler und effizienter arbeiten. Wir finden es sehr wichtig, dass die Reorganisation auf Beginn der nächsten Legislatur umgesetzt werden kann und nicht weitere vier Jahre verstreichen. Daher lehnen wir Zusatzbegehren entschieden ab. Bei einer Änderung der Gemeindeordnung sollte das Stimmvolk spüren, dass alle Beteiligten hinter dem Anliegen stehen. Der Stadtrat hat mit seinem Antrag im letzten September, bei dem er zusätzlich den Gemeinderat und die RGPK reduzieren wollte, bereits einen unnötigen Umweg begangen. Das Geschäft ist jetzt reif und muss endlich vollbracht werden.

**Peter Barmettler:**

Die Fraktionsgemeinschaft von FDP und EVP hat die Vorlage für die Teilrevision der Gemeindeordnung sehr erfreut entgegen genommen. Wir sind gegenüber den folgenden Änderungen positiv eingestellt:

- die Möglichkeit einer flexibleren Organisation und Aufgabenzuteilung in der Verwaltung, verbunden mit einer Reduktion des Stadtrates
- die unveränderte Beibehaltung der Sozial- und Baukommission sowie der Grösse der RGPK
- die Abschaffung der Gesundheitskommission

Der vom Stadtrat im zweiten Durchgang zur Diskussion gestellte Verkleinerung des Gemeinderates sind wir grossmehrheitlich skeptisch gegenüber gestanden, da wir keine Vorteile, sondern nur Nachteile gesehen haben: Die politische Vertretung der Bevölkerung, insbesondere auch das Spektrum innerhalb der Parteien, wäre ohne nennenswerte Einsparungen ausgedünnt worden. Im Vergleich mit anderen Parlamentsgemeinden liegt Adliswil bezüglich Parlamentsgrösse im Mittelfeld. Der Vergleich Anzahl Ratsmitglieder pro Einwohner macht keinen Sinn, weil bei dieser Organisationsform ein Mindestmass an politischer Behördenarbeit anfällt. Wir sind darum grossmehrheitlich froh, dass diese Diskussion nicht Eingang in den vorliegenden Entwurf gefunden hat. Was uns an der vorliegenden Teilrevision nicht passt:

- Das Schulpräsidium gehört unserer Ansicht nach in den Stadtrat, und zwar als Teil der

Sieben. Das Volk sollte darüber entscheiden können. Wir sehen die Vorteile des jetzt praktizierten Separatismus der Schule nicht ein. Viel mehr könnten Schnittstellen abgebaut und den Anliegen der Schule mehr politisches Gehör geschenkt werden. Wir wollen endlich einfache Strukturen.

- Zur Wahl der Stadtamtsfrau bzw. Betriebsbeamtin: Wir hätten es grundsätzlich begrüsst, wenn die Wahl künftig durch den Stadtrat erfolgt wäre. Wir verwehren uns auch gegen den Abbau der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben uns deshalb z. B. gegen die Einbürgerung aller Kandidaten durch den Stadtrat gewehrt. Aber dies hier ist eine rein administrative und unpolitische Aufgabe, die fachliche und persönliche Fähigkeiten bedingt. Mit einer Wahl durch die Exekutive würde die fachliche Auswahl über die politische gestellt. Zudem würde dies die Integration des Betriebsamts in die Stadtverwaltung und eine mögliche überregionale Fusion vereinfachen. Wir werden die Teilrevision unterstützen.

**Carmen Marty Fässler:**

Grundsätzlich stimmt auch die SP-Fraktion dieser Änderung der Gemeindeordnung zu. Die Mehrheit ist jedoch überzeugt, dass auch 30 Ratsmitglieder reichen würden. Dadurch könnten einerseits Kosten gespart werden, andererseits würde der Gemeinderat auch ein Zeichen setzen, wie der Stadtrat es macht mit der Reduktion von 9 auf 7. Wir werden aber dennoch dieser Vorlage zustimmen.

**Renato Günthardt:**

Für uns von der SVP ist es von grösster Wichtigkeit, dass die Reorganisation des Stadtrates auf den Beginn der Amtsperiode 2010 erfolgen kann. Wir begrüssen bei der nun vorliegenden Revisionsvorlage insbesondere die folgenden Punkte:

- Reduktion der Stadtratsmitglieder von 9 auf 7. Damit verbunden erwarten wir aber auch eine umfangreiche Neuorganisation innerhalb der Verwaltung mit der Reduktion der verschiedenen Leiter-Stellen.
- Beibehaltung der 36 Gemeinderatsmitglieder und der 9 RGPK-Mitglieder. So kann auch weiterhin die angemessene Vertretung der Bevölkerung gewährleistet bleiben.
- Beibehaltung der Volkswahl des Stadtammanns und der Betriebsbeamtin, die somit auch weiterhin als unabhängige Vertretende der Rechtspflege amten können. Die Betriebsbeamtin ist also ein Organ der Rechtspflege, so wie der Friedensrichter. Bei der Wahl durch den Stadtrat könnten Interessenskonflikte auftreten, dann zum Beispiel, wenn die Amtsträgerin als neutrale Person zwischen Stadt und Bürger einen amtlichen Befund aufnehmen müsste.

Grundsätzlich begrüssen wir es, dass umstrittene Punkte aus der Vorlage ausgeklammert wurden, um die Verabschiedung durch die Bevölkerung nicht zu gefährden. Die SVP-Fraktion bedauert aber, dass der Stadtrat keine Variantenabstimmung über die zukünftige Stellung der Schule und des Schulpräsidiums vorschlägt. Damit hätte die Bevölkerung über diese umstrittene Frage entscheiden können. Wir verzichten auf einen entsprechenden Antrag, um nicht weitere Verzögerungen zu provozieren, was im dümmsten Fall die Reduktion der Stadtratssitze auf die neue Amtsperiode unmöglich

machen würde. Ich frage mich aber schon, weshalb die SP, CVP wie auch Vertretende der Schule vehement dagegen ankämpfen, die Schule in den Stadtrat zu integrieren. Schauen wir einmal nach Rüschlikon, wo die CVP das Gemeindepräsidium sowie das Vizepräsidium der Schulpflege besetzt. Ich zitiere hier aus dem Sihltaler vom 20.9.08: „Durch diese Neuorganisation erwarte man sich Synergien, erklärte Gemeindepräsident Bernhard Elsener an der gestrigen Medienkonferenz. Zudem werde die Schulpflege entlastet und könne sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Auch Schulpräsidentin Doris Weber glaubt an eine Verbesserung durch die Integration in die Exekutive: Eine Trennung von Schule und politischer Gemeinde sei kaum möglich. Sie sei überzeugt, dass so mehr Verständnis für die Anliegen der Schule entstehe und diese auch von politischer Seite stärker mitgetragen würden.“ Die CVP hat an einer Versammlung in Rüschlikon folgende Stellungnahme abgegeben: „Die CVP Rüschlikon befürwortet die Integration des Schulpräsidiums in den Gemeinderat, da immer mehr behördenübergreifende Aufgaben gelöst werden müssen. Die CVP erachtet die Position des Schulpräsidiums im Gemeinderat als eine Stärkung der Bedeutung der Schule.“ (Sihltaler vom 24.11.08). Jetzt kann man versucht sein, diese Haltung damit zu erklären, dass Rüschlikon von der Einwohnerzahl her kleiner ist als Adliswil. Es ist aber so, dass auch die grossen Städte die Einheitsgemeinde einführen, so zum Beispiel Dietikon. Ich zitiere aus dem Tagesanzeiger vom 16.1.09: „Das Parlament in Dietikon hat sich gestern Donnerstagabend einstimmig für die Teilrevision der Gemeindeordnung und damit für die Integration des Schulpräsidenten in den siebenköpfigen Stadtrat entschieden.“ Ob wohl diese Gemeinden diesen Weg beschreiten würden, wenn es so schlecht für die Schule wäre. Ich glaube, sie machen das, weil sie die Stellung der Schule verbessern und gleichzeitig Synergien gewinnen können.

Die SVP wird auch in Zukunft hier am Ball bleiben und versuchen, Adliswil auf den Weg zu einer Einheitsgemeinde bringen. Es kann nicht sein, dass sich Adliswil den Luxus leistet, weiterhin aufgeblähte Strukturen zu haben. Ich kann trotz allem die Zustimmung der SVP-Fraktion zur Weisung der Änderung der Gemeindeordnung bekannt geben.

**Clemens Ruckstuhl:**

Auch wir haben bezüglich Integration der Schule in den Stadtrat intensive Diskussionen geführt. Wir unterstützen aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Integration aus sachlichen Gründen nicht, es hat nichts mit Emotionen oder Personen zu tun. In Adliswil haben wir diverse Reorganisationen, die andere Gemeinden nicht haben, z. B. Einführung von Globalbudgets, die Gründung des Kompetenzzentrums Liegenschaften usw. Ich bin auch dafür, dass die Integration erfolgen soll, aber nicht jetzt, sondern später. Wenn wir zu viele Reformprozesse in die Wege leiten, kommt das nicht gut.

**Roger Neukom:**

Meine persönlichen Überlegungen zu

- Reduktion des Stadtrates: ist absolut in meinem Interesse
- Einbindung der Schule: Da bin ich klar dafür, weil ich davon überzeugt bin, dass die Schule einiges gewinnen würde. Schade ist, dass man es von den Parteien her nicht geschafft hat, die Integration zu forcieren, denn wir wissen, wenn wir heute im Rat

darüber abstimmen würden, käme das grossmehrheitlich durch.

- Verkleinerung des Parlaments: Auch wir haben darüber intensiv diskutiert, aber wir waren unterschiedlicher Meinung, ich war sehr dafür. Der Stadtrat hat wahrscheinlich mit seinem Vorschlag auf 24 den Bogen zu sehr überspannt. Bülach und Uster haben die Reduktion jedoch vollzogen und sind zufrieden. Leider habe ich auch ausserhalb meiner Partei keine wesentliche Unterstützung gefunden.

## **Beschlüsse**

- 6.1 Die Änderungen in der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Adliswil vom 2. März 1997 werden gemäss Ziff. 4 der beiliegenden Weisung genehmigt:  
Zustimmung.
- 6.2 Die beiliegende „Weisung zur Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 für die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 02.03.1997“ wird zu Händen des Gemeinderates und der Urnenabstimmung verabschiedet:  
Zustimmung.

## 7. Organisations- und Verwaltungsreform (SRB 15/09)

### **Bericht des Stadtrates auf das Postulat von Clemens Ruckstuhl betr. Organisations- und Verwaltungsreform der Stadt Adliswil und Antrag auf Abschreibung**

#### **Der Stadtrat berichtet und beantragt wie folgt:**

##### Ändern von Führungsinstrumenten

Im Hinblick auf die Reduktion der Anzahl Mitglieder der Exekutivbehörden von 9 auf 7 Mitglieder wird die Führungsstruktur und der Führungsprozess als Ganzes und insbesondere auch im Zusammenhang mit den Globalbudgets überprüft. Die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der Verwaltung sowie Führungsinstrumente werden entsprechend angepasst. Insbesondere wird auch die Stellung des Stadtschreibers und die Rolle der Geschäftsleitung den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Der Stadtrat hat mit dieser Aufgabenklärung bis zur Amtseinsetzung des neuen Stadtschreibers zugewartet.

Eine Neuordnung der Kompetenzen und verwaltungsinternen Strukturen drängt sich auch im Hinblick auf das erwartete Bevölkerungswachstum der Stadt Adliswil auf. Einbezogen in diese Überlegungen wird auch die künftige Rolle des Gemeinderates im Zusammenhang mit den Globalbudgets.

##### Ändern der Kompetenzen zwischen Stadtrat und Verwaltung

Am Grundsatz, wonach der Stadtrat die strategische Führung übernimmt und das operative Geschäft der Verwaltung überlässt, wird unverändert festgehalten. Im Übrigen kann auf die Ausführungen gemäss Ziffer 1.1 verwiesen werden.

##### Ändern des Personalstatuts und des Gehaltssystems

Das Personalstatut ist seit 1.1.2001, das Gehaltssystem seit 1.11.2003 in Kraft. Die Überprüfung der Führungsstrukturen und -prozesse wird zeigen, ob diese beiden Reglemente entsprechenden Änderungsbedarf aufweisen.

##### Ändern der Geschäftsordnung des Stadtrates

Vorbemerkung zur Rechtslage:

Im Zuge der gemäss Ziffer 1.1 erfolgenden Überprüfung der Verwaltungs- und Führungsstrukturen wird sinnvollerweise auch die Geschäftsordnung des Stadtrates revidiert.

Einbezug des Gemeinderats in die Änderung der o.g. Punkte zwecks Durchführung einer Organisations- und Verwaltungsreform zur massiven Senkung der Ausgabenseite

Die Überprüfung und Änderung der im Postulat formulierten Themen ist - ohne das Personalstatut - Aufgabe der Exekutive. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass durch die Organisations- und Verwaltungsreform nicht mit einer - wie im Postulat im letzten Punkt suggeriert - massiven Ausgabensenkung zu rechnen ist. Des Weiteren ist uns wichtig festzuhalten, dass der Gemeinderat im Zusammenhang mit den Globalbudgets in den Gesamtführungsprozess eingebunden werden soll. Um die genauen Auswirkungen von Budgetkürzungen zu kennen, ist eine entsprechende Vorabklärung im Rahmen

von Leistungsmotionen zu institutionalisieren. Die Auswirkungen von Budgetkürzungen, welchen einen bestimmten, noch festzulegenden, Prozentsatz übersteigen, sollen inskünftig präzise abgeklärt werden. Nur so, mithin gestützt auf eine umfassende Informationslage und in Kenntnis der Konsequenzen auf der Leistungsseite, können Entscheide mit fundierter Folgeabschätzung gefällt werden. Zur Institutionalisierung der oben genannten Leistungsmotionen ist eine entsprechende Vereinbarung zwischen Parlament und Exekutive notwendig.

Schlussbemerkung:

Die gestellten Fragen betreffen mehrheitlich den Kompetenzbereich des Stadtrates. Der Stadtrat hat erkannt, dass Veränderungen in der Führungsstruktur und den entsprechenden Kompetenzen und Verantwortlichkeiten notwendig sind. Entsprechende Evaluationen und daraus fliessende Massnahmen werden prioritär behandelt. Das Budget 09 hat aufgezeigt, dass der Fokus nicht nur auf der Ausgabenseite liegen kann, sondern dass die Einnahmeseite genauso stark ins Blickfeld rücken muss. Zudem ist erneut darauf hinzuweisen, dass Ausgabenkürzungen vorab mit Leistungskürzungen und in der Folge mit Personalabbau einhergehen. Ziel aller Beteiligten ist ein mittelfristig ausgeglichenes Budget. Mit dem Budget 09 ist die Stadt Adliswil auf diesem Weg.

Dem Gemeinderat wird der Antrag unterbreitet, das Postulat von Clemens Ruckstuhl abzuschreiben.

#### **Clemens Ruckstuhl, Postulant, zur Beantwortung:**

Das Postulat ist im Zusammenhang mit den Round-Table-Gesprächen zustande gekommen. Heute kann ich feststellen, dass die neue Führung des Stadtrates die Anliegen, die wir damals hatten, ansatzweise umgesetzt werden. Das Gesamte geht jedoch sehr langsam vor sich, und das ist etwas frustrierend. Zum Punkt 1.2 „Am Grundsatz, wonach der Stadtrat die strategische Führung übernimmt und das operative Geschäft der Verwaltung überlässt, wird unverändert festgehalten.“ Meiner Meinung nach läuft das in der Praxis noch nicht so. Ich bitte den Stadtrat, diesem Grundsatz die notwendige Aufmerksamkeit beizumessen. Ich glaube, mit dem neuen Stadtschreiber geht das in die richtige Richtung, und die notwendigen Prioritäten werden gesetzt.

Die Schlussbemerkung, dass die gestellten Fragen mehrheitlich den Kompetenzbereich des Stadtrates betreffen, ist mir klar. Heute habe ich das Vertrauen in den Stadtrat, dass die Änderungen in der Führungsstruktur und die Anliegen, die seinerzeit am Round-Table formuliert wurden, umgesetzt werden. Deshalb kann ich der Abschreibung des Postulates zustimmen, und ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung.

#### **Beschluss**

Das Postulat von Clemens Ruckstuhl wird abgeschrieben:

Zustimmung.

Somit ist das Postulat abgeschrieben.

## 8. Postulat von Thomas Fässler und vier Mitunterzeichneten betr. 2000-Watt-Gesellschaft auch in Adliswil, Begründung

Thomas Fässler und vier Mitunterzeichnete haben am 5. Februar 2009 folgendes Postulat eingereicht:

Heute verbraucht jede Person in der Schweiz etwa 6000 Watt Energie: für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Gütern, zur Beheizung oder Kühlung von Gebäuden, für die Fortbewegung, zur Unterhaltung.

Im November letzten Jahres haben die Stadt Zürcher Stimmberechtigten ihre Stadt verpflichtet, sich in den nächsten Jahrzehnten den Zielen einer 2000-Watt-Gesellschaft zu nähern. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein energiepolitisches Modell, das im Rahmen des Programms Novatlantis an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) entwickelt wurde.

Jeder und jede von uns verbraucht dreimal so viel Energie, als es die weltweiten Energiereserven zulassen und als von der Umweltbelastung her vertretbar ist. Klar ist: Wir leben auf Kosten kommender Generationen. Dies gilt es zu ändern. Auch in der 2000-Watt-Gesellschaft muss niemand auf Lebensqualität verzichten. Mit innovativen Ideen, aktuellen und zukünftigen Techniken ist vieles möglich.

Die Stadt Adliswil trägt schon über 10 Jahre das Label Energiestadt. Dies insbesondere aufgrund der Förderung des Minergie-Standards, der guten Energienutzung in der Verwaltung und durch die Förderung von energiesparender Mobilität. Nun gilt es die Tätigkeitsfelder auszubauen.

Der Stadtrat wird eingeladen, die Gemeindeordnung ähnlich der Stadt Zürich mit den Umweltsanierungen zu ergänzen. Diese sind auf den Einflussbereich unserer Stadt zu reduzieren. Der Rahmen dazu sollen die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft sein.

### Thomas Fässler, Erstunterzeichneter, zur Begründung:

Das Postulat zielt auf einen längeren Zeithorizont ab. Es muss niemand sofort seinen Töf abgeben oder sein Haus in den nächsten zwei Jahren sanieren, obwohl das natürlich vorbildlich wäre. Damit die Vision in zwei bis drei Generationen Realität wird, müssen wir jetzt beginnen.

Ich möchte dem Stadtrat nicht zu viel vorwegnehmen. Als Idee: Eventuell könnte das Baugesetz dem aktuellen Stand der Technik angepasst werden um damit die Vision zu berücksichtigen. Davon würden auch unser Gewerbe profitieren. Es könnte Information und Beratung angeboten werden, usw. Eventuell könnte auch ein Anschluss an das Stadt Zürcherprogramm oder Teile davon Sinn machen.

Zum eingereichten Postulat möchte ich noch formell ergänzen, dass der Stadtrat eingeladen wird zu prüfen, die Gemeindeordnung ähnlich der Stadt Zürich mit den Umweltsanierungen zu ergänzen.

Ich hoffe auf eure Weitsicht und bitte euch, das Postulat zu überweisen.

**Stadtrat Patrick Stutz:**

Wie bereits erwähnt wurde, ist die Stadt Adliswil Trägerin des Labels „Energistadt“, sie möchte eine Vorbildfunktion übernehmen. Sie möchte die politischen Herausforderungen annehmen und sich gegen den stetigen Energie- und Ressourcenverbrauch stellen, und dies in verschiedenen Bereichen. In diesem Jahr findet wieder das Audit für das Label „Energistadt“ wieder statt. Dabei werden die Ziele, die beim letzten Audit festgehalten wurden, und die Pläne für die Zukunft überprüft. In diesem Sinne nimmt der Stadtrat die Überweisung des Postulates gerne entgegen.

**Carmen Marty Fässler:**

Die SP-Fraktion unterstützt ein solches Postulat sehr gerne, bei uns ist das Thema „Energie“ sehr wichtig, und es würde uns freuen, wenn alle der Überweisung zustimmen könnten.

**Beschluss**

Das Postulat von Thomas Fässler betr. 2000-Watt-Gesellschaft auch in Adliswil wird überwiesen:

Zustimmung.

## 9. Energiebuchhaltung

### Interpellation von Yannick Wettstein betr. Energiebuchhaltung/Kredit des Stadtrates über 15'000 Franken, Beantwortung

Der Stadtrat hat die von Yannick Wettstein eingereichte Interpellation vom 26.11.08 betreffend Energiebuchhaltung wie folgt beantwortet:

Zur 1. Frage: Was ist unter einer „Energiebuchhaltung“ zu verstehen?

Das systematische Erfassen, Darstellen und Auswerten der Energie- und Wasserverbrauchsdaten von Bauten oder Fahrzeugen nennt man Energiebuchhaltung. Im Massnahmenkatalog zur Erhaltung des Energiestadt-Labels ist der Aufbau einer Energiebuchhaltung vorgesehen. Diese ist die Voraussetzung, um den spezifischen Energieverbrauch einer Liegenschaft ermitteln zu können. Ein allfälliger energetischer Sanierungsbedarf von Liegenschaften lässt sich so leicht erkennen und beurteilen. Ebenso der Erfolg von Sanierungsmassnahmen. Dies kann im Zusammenspiel mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe Vorteile bringen, wenn nachgewiesen werden muss, ob Sanierungen den gewünschten Effekt erzielt haben oder nicht. Unternehmen können sich von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen, wenn sie sich gegenüber dem Bund zu einer Begrenzung ihrer Emissionen verpflichten. Dies als Anreiz, um teure energetische Sanierungen älterer Gebäude zu forcieren. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brennstoffe wurde 2008 eingeführt (3 Rappen pro Liter Heizöl, 2,5 Rappen pro Kubikmeter Erdgas). Bei Nichterreichen der Reduktionsziele wird die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Brennstoffe ab 2009 verdoppelt und ab 2010 verdreifacht.

Zur 2. Frage: Wie wurde der Kredit konkret eingesetzt? Durch wen wurde der Auftrag ausgeführt?

Der Kredit wurde für die Erhebung von Plangrundlagen, Massaufnahmen und die Erstellung von CAD-Plänen aller Schulanlagen sowie für die Berechnung der Energiebezugsflächen als Basis zur Energiebuchhaltung verwendet. Der Auftrag wurde von den beiden Liegenschaftsverwaltungen der Stadt und der Schule mit Unterstützung eines Planungsbüros und Mitarbeitern aus Arbeitsprogrammen ausgeführt. Die erbrachte Leistung vom Planungsbüro kostete Fr. 14'959.20. Der bisherige personelle Interne Aufwand der Liegenschaftsabteilungen wurde grossenteils mit Mitarbeitern aus Arbeitsprogrammen abgedeckt, deren Stunden nicht detailliert erfasst wurden.

Zur 3. Frage: Ist das Projekt bereits abgeschlossen? Welcher Output ist aus den Arbeiten hervorgegangen?

Die Erhebung der Plangrundlagen, gemäss Antwort zu Frage 2, wurde im Frühjahr 2007 abgeschlossen. Die aus den Arbeiten hervorgegangenen Energiebezugsflächen bilden die Basis für eine zukunftsgerichtete Energiebuchhaltung, welche jedoch als Ganzes noch nicht abgeschlossen ist. Der Energieverbrauch (Oel, Gas, Elektrizität, Holz, Erdwärme, Fernwärme, Wasser etc.) einzelner Liegenschaften ist bekannt, jedoch noch nicht in die Masken der Energiebuchhaltung übertragen. Die eigentlichen Energiekennzahlen der Liegenschaften liegen deshalb noch nicht vor. Ziel ist, diese Arbeiten bis En-

de 2009 abzuschliessen. Dafür wurde der noch nötige interne Aufwand auf ca. 5 Tage für die Schul- und auf ca. 4 Tage für die Verwaltungs- und Finanzliegenschaften geschätzt. Der jährlich wiederkehrende interne Aufwand zum Nachführen der Energieverbrauchsweite wird auf insgesamt ca. 4 Tage geschätzt.

Zur 4. Frage: Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Energiebilanz für die Stadt Adliswil ableiten? Wurde Handlungsbedarf festgestellt? Wenn ja, inwiefern?

Aus den bisher erfassten Daten können aussagekräftige Rückschlüsse für die Planung von Investitionen bzw. der Bedarf für energetische Verbesserungen einzelner Liegenschaften berechnet werden. Wesentliches Element ist jedoch die Gesamtübersicht über alle Liegenschaften. Diese Übersicht wird Ende 2009 mit den Energiekennzahlen der Liegenschaft vorliegen. Damit haben wir einen wirksamen Vergleich der Liegenschaften untereinander und eine Zuordnung, welchem Energieverbrauchs-Standard sie entsprechen. Mit diesen Vergleichen lassen sich dann aus der Sicht des Energieverbrauchs auch Sanierungsinvestitionen priorisieren und nach erfolgter Sanierung die Energieeinsparung kontrollieren und dokumentieren. Als Nebeneffekt vereinfacht sich auch das jährliche Reporting für die Berichterstattung.

**Yannick Wettstein, zur Beantwortung:**

Ich danke dem Stadtrat für die sehr gute Beantwortung der Fragen und hoffe, dass Ende 2009 die Resultate aus den Überlegungen, insbesondere die energetische Gesamtübersicht der Liegenschaften, in geeigneter Form zugänglich gemacht werden können.

**Stadtrat Patrick Stutz::**

Ich möchte nochmals an das Audit erinnern, das wir dieses Jahr durchführen werden. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt die Energiebuchhaltung komplett haben, denn das gibt Punkte und diese tragen dazu bei, dass wir das Energielabel weiterhin tragen können. Im Rahmen der Energiebuchhaltung sieht man, dass es nicht nur einzelne Personen sind, die daran arbeiten, sondern verschiedene Ressorts. Bezüglich Priorisierung der Sanierung von Gebäuden ist zu sagen, dass dies nicht alleine vom Energieverbrauch abhängt. Es gibt noch andere Faktoren wie z. B. Raumbedarf, baulicher Zustand, übergeordnete Nutzungsstudien und die Finanzen.

## 10. Schulcontainer Schulhaus Werd

### **Interpellation von Renato Günthardt betr. Belegung und Notwendigkeit der provisorischen Schulcontainer im Schulhaus Werd, Begründung und mündliche Beantwortung**

**Renato Günthardt** hat am 3. Februar 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Kurz vor Beginn des laufenden Schuljahres im letzten Sommer musste die Schule mittels einer Notaktion Schulcontainer für den Unterricht im Schulhaus Wilacker und Werd anschaffen. Es war so dringend, dass es für die Freigabe eines gebundenen Kredites eines Präsidialentscheids des Stadtpräsidenten bedurfte. Begründet wurde dies mit steigenden Schülerzahlen im Bereich Wilacker, zum Bereich Werd erfolgte keine Begründung dieser Art. Nun stellt sich mir nach einem halben Jahr die Frage, wie dringend und notwendig die Schulcontainer im Schulhaus Werd waren. Aus der Bevölkerung wurden immer wieder Fragen an mich herangetragen, ob dort überhaupt Unterricht erteilt werde, da man nichts davon erkennen könne.

Ich ersuche die Schulpflege in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht die Belegung der Schulcontainer im Werd seit Beginn dieses Schuljahres aus? Welche Klassen werden dort unterrichtet?
2. Wie viele Stunden und welche Art von Unterricht werden täglich in den einzelnen Räumen im provisorischen Schulcontainer gegeben (aufgeschlüsselt nach Räumen)?
3. Standen unmittelbar vor dem Entscheid über die Anschaffung der Schulcontainer freie Klassenzimmer in anderen Schulhäusern zur Verfügung? Wenn ja, in welchen Schulanlagen?
4. Gibt es derzeit Klassenzimmer, die nicht genutzt werden, und wenn ja, wie viele und in welchen Schulhäusern?
5. Sind für das Schuljahr 2009/2010 bereits weitere Schulcontainer geplant?
6. Welche Massnahmen hat die Schule getroffen, dass solche Notaktionen kurz vor Beginn eines neuen Schuljahres nicht mehr getroffen werden müssen?

#### **Renato Günthardt, zur Begründung:**

Aus der Bevölkerung wurde ich darauf hingewiesen, dass von Unterricht in den Schulcontainern nichts zu erkennen sei. Deshalb habe ich einige Fragen eingereicht. Damit ich richtig verstanden werde: Bei dieser Interpellation geht es mir darum, von der Schule zu erfahren, wie die räumlichen Zustände kurz vor der Anschaffung der Schulcontainer waren. Sie soll auch nicht die schwierige Arbeit der Schulpräsidentin und der gesamten Schulpflege bei der Schulraumplanung in Frage stellen. Vielmehr möchte ich erfahren, wie zukünftig solche Notmassnahmen von der Schule verhindert werden können und ob hierzu bereits konkrete Massnahmen ergriffen worden sind. Ich bin überzeugt, dass uns allen eine gute Schulbildung in einem angenehmen Umfeld für die Kinder wichtig ist. Wichtig ist aber auch, dass alle vorhandenen Räume optimal genutzt werden, auch wenn sie vielleicht für einige Kinder nicht um die Ecke liegen.

**Schulpräsidentin Rita Rapold, zur Beantwortung:**

Zuerst gebe ich ein paar grundsätzliche Informationen ab. Die SVP-Fraktion scheint es sich in den letzten Monaten zur Hauptaufgabe zu machen, neben selbstverständlich berechtigter Kritik an der zögerlichen Bearbeitung von Bauabrechnungen, die Schule systematisch zu kritisieren, ihr rechtswidriges Handeln zu unterstellen und sie so zu diffamieren. Ich erinnere an die drohenden Worte im Rahmen der Bauabrechnung Flachdächer Zopf als unterstellt wurde, die Schule hätte mutwillig kantonale Subventionen verspielt. Diese sind aber im vollen erwarteten Umfang eingetroffen. Susy Senn hat nun heute im Namen der RGPK über den Eingang des Geldes informiert. Ich danke ihr herzlich dafür. Ich erinnere auch an die Interpellation Rossi im vergangenen Sommer zu den kurzfristigen Pavillonbauten. Der Interpellant hatte die Schulpflege des rechtswidrigen Handelns und der falschen Auslegung der Rechtsgrundlagen bezichtigt und eine Aufsichtsbeschwerde angedroht. Er hat in einer Anfrage an den Bezirksrat um dessen Beurteilung gebeten. Der Bezirksrat hat mit Schreiben vom 17. Oktober 2008 vollumfänglich das Handeln der Schulpflege als rechtmässig beurteilt und bestätigt, dass die Handhabung der Kompetenzen in richtiger Interpretation der gesetzlichen Grundlagen erfolgte. Auch diese Richtigstellung wurde leider weder in diesem Rat noch öffentlich verbreitet.

Nun diese neue Interpellation, welche unterstellt, der Pavillon im Werd sei ohne Begründung erstellt worden. Im damaligen Beschluss steht aber deutlich, dass für Gruppenarbeiten von neun Klassen nur zeitweise ein einziger Raum zur Verfügung steht und für die integrative Förderung überhaupt kein Platz vorhanden ist. Diese Begründung wurde auch im erwähnten Schreiben des Bezirksamts zitiert und ist jederzeit zugänglich.

**Zur 1. Frage:**

Die Container standen zu Beginn des Schuljahres noch nicht zur Verfügung. Bis auch das vollständige Mobiliar geliefert werden konnte, wurde es Ende November. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte der Bezug etappenweise. Es werden keine ganzen Klassen unterrichtet, die Grösse der Räume ist auf Einzel- und Gruppenunterricht ausgelegt.

**Zur 2. Frage:**

Der untere Raum wird ausschliesslich für Deutsch als Zweitsprache genutzt und ist die ganze Woche während 26 Lektionen belegt. Weil Deutsch als Zweitsprache teilweise auch innerhalb der Klasse unterrichtet wird und weil die Anzahl der unterrichteten Stunden je nach Bedarf variiert, kann der Raum zwischendurch in einzelnen Stunden auch nicht belegt sein. Der obere Raum ist an zwei Vormittagen und während einzelner weiterer Stunden fest durch Fremdsprachenunterricht belegt. Während 18 Lektionen pro Woche steht er für alle Klassen für Gruppenarbeiten und Entlastungslektionen zur Verfügung. Um die Flexibilität wahren zu können, sind diese Zeiten nicht fix vergeben, werden aber auch nicht immer beansprucht.

**Zur 3. Frage:**

In den Primarschulanlagen gab es keine freien Klassenzimmer. In den Sekundarschulanlagen gab es drei freie Klassenzimmer.

**Zur 4. Frage:**

In den Primarschulanlagen gibt es keine leer stehenden Klassenzimmer. Einzelne Zim-

mer, welche im Moment nicht fest durch eine Klasse besetzt sind, werden wegen der fehlenden Gruppenräume für Gruppenunterricht, integrative Förderung, Deutsch als Zweitsprache und Musikunterricht genutzt. Schwach belegt sind wegen der Entfernung vom Schulhaus die beiden Zimmer im Schulpavillon Neugut. In der Schulanlage Zentrum Kronenwiese stehen im Moment zwei Klassenzimmer leer, zwei weitere sind nicht fest durch Klassen belegt, sondern werden in speziellen Situationen und für Musikunterricht benutzt. Sie können bei Bedarf wieder als Klassenzimmer genutzt werden. In der Schulanlage Hofern werden zwei nicht für die Sekundarstufe benötigte Zimmer durch die nahegelegene Primarschule Sonnenberg genutzt. Auf der Sekundarstufe können die erwarteten zukünftigen Schülerinnen und Schüler aus dem Lebern-Dietlimoos-Gebiet in den bestehenden Anlagen aufgefangen werden. Die Verlegung von Primarklassen aus entfernteren Schulhäusern in Sekundarschulanlagen ist aus pädagogischen und grundsätzlichen Überlegungen nicht vertretbar.

Zur 5. Frage:

Nein. Vor kurzfristigen Überraschungen sind wir aber auch dieses Jahr nicht sicher, da einzelne Klassen nahe an der Maximalgrösse sind.

Zur 6. Frage:

Die Schulpflege hat im Jahr 2007 durch ein Fachbüro eine Schulraumplanung erstellen lassen. Diese weist für die Primarschulen einen teilweise hohen Erweiterungsbedarf auf. Schon seit dem Jahr 2001 legt die Schulpflege jährlich die dazu notwendigen Investitionen für die Finanzplanung vor. Über die Aufnahme ins Investitionsprogramm entscheidet aber der Stadtrat. Und hier wurden die Vorhaben der Schule - mit Ausnahme des Kopfholz - bisher immer aufgeschoben. Die Schulpflege hat die in ihrer Macht stehenden Massnahmen getroffen, der Entscheid liegt aber nicht in ihrer Kompetenz. Deshalb können auch in den nächsten Jahren immer wieder Situationen eintreten, in denen kurzfristig der notwendige Schulraum bereitgestellt werden muss.

**Renato Günthardt:**

Ich danke der Schulpräsidentin für die Antworten. Zu den Vorwürfen an die Adresse der SVP muss ich sagen, dass unsere Fraktion hier Anträge und Fragen stellt, und die Exekutive und die Schulpräsidentin haben diese zu beantworten. Wenn etwas falsch gelaufen ist, ist dies zu beheben. Wenn ich aber hören muss, was wir falsch gemacht haben sollen, dann erinnere ich mich an unseren letzten Antrag (Budget 2009) zu einem sachlichen Thema zurück, wo Sie uns vorgeworfen haben, dass wir etwas falsch gemacht hätten. Ich meine, wir müssen auf die Sachebene zurückkommen.

## 11. Budget 2009

### Interpellation von Kurt Frei betr. Budget 2009, Begründung

**Kurt Frei** hat am 4. Februar 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Anlässlich der Behandlung des Budgets 2009 im Gemeinderat vom 17. Dezember 2008, hat eine bürgerliche Mehrheit Aenderungen an den Positionen: Besoldung und Mittagstisch und Horte, vorgenommen. Aufgrund des Studiums der entsprechenden Regulatorien, des Thalmann-Kommentars zum Zürcher Gemeindegesetz und von Rückfragen im kantonalen Gemeindeamt (Gemeindefinanzen) erhärtet sich der Verdacht, dass die vorgenommenen Aenderungen an den erwähnten Budgetpositionen rechtlich unverbindlich sind. Bei der Budgetberatung ist immer zu beachten, dass der Voranschlag keinen Gesetzescharakter hat und dass es sich dabei vielmehr um einen Verwaltungsakt von besonderer Art handelt, dessen einzelne Teile sehr unterschiedliche rechtliche Bedeutung haben. Um die Situation im vorliegenden Fall zu klären, richte ich die nachstehenden Fragen an den Stadtrat und an die Schulpflege.

Ich bitte den Stadtrat und die Schulpflege folgende Fragen zu beantworten. In Anbetracht einer möglichen Lernwirkung für nebenamtliche Behördenmitglieder wäre es von Vorteil, die Antworten in schriftlicher Form zu erhalten.

Budgetpositionen: 3010 Besoldungen

- Sind dem Stadtrat die rechtlichen Grundlagen bekannt, nach welchen er die alleinige Kompetenz hat zum Entscheid über das Ausmass der Lohnentwicklung? Welche Grundlagen sind das, nach seiner Meinung?
- Ist der Stadtrat der Meinung, dass die oben erwähnte Aenderung an dieser Budgetposition für den Stadtrat verbindlich ist?
- Weshalb hat der Stadtrat dem Gemeinderat anlässlich der Budgetdebatte die Kompetenzordnung nicht dargelegt?
- Kommt der Stadtrat auf seinen Beschluss vom 6. Januar 2009 betreffend ‚Lohnentwicklung für das Jahr 2009‘ zurück und genehmigt dem Personal, wie er es anlässlich der Gemeinderatssitzung mehrfach zum Ausdruck brachte, die volle Erhöhung von 3.1 Prozent, resp. 3.2 Prozent wie der Kanton?
- Wie erklärt der Stadtrat dem Personal allenfalls seinen kurzfristigen Gesinnungswandel?
- Ist der Stadtrat bereit, in Zukunft seine Aufgaben und Kompetenzen wieder in vollem Umfang wahrzunehmen.

Budgetpositionen: 931.4340, 932.4340, 933.4320 Mittagstisch und Horte

- Ist der Schulpflege bekannt, dass mit der Beschlussfassung über den Voranschlag keine neuen Einnahmen beschlossen werden können, auch nicht unter Globalbudgets?
- Ist die Schulpflege gewillt, ihre Aufgabe und Kompetenz zur Festsetzung der Tarife unter Berücksichtigung aller massgebenden Faktoren wahrzunehmen?
- Ist die Schulpflege der Meinung, dass die oben erwähnte Aenderung an diesen Budgetpositionen zwingend zu entsprechend höheren Tarifen führt?
- Was hat die Schule bisher unternommen, um auf Sommer 2009 neue Tarife festset-

zen zu können?

**Kurt Frei, zur Begründung:**

Zur Budgetierung 2009 hat der Stadtrat folgende Vorgabe formuliert: „Im Budget 2009 ist für den Personalaufwand eine Steigerung von 3,1 Prozent einzusetzen“. An der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 2008 hat der Finanzvorstand sich für diese Steigerung eingesetzt. Er hat gesagt, dass das Personal diese Steigerung verdiene. Im Januar jedoch hat der gleiche Stadtrat aufgrund einer Äusserung einer Mehrheit im Gemeinderat eine tiefere Steigerung beschlossen. Dieser Gesinnungswandel des Stadtrates ist für mich unverständlich. In den entsprechenden Regulatorien der Gemeinde habe ich folgendes gelesen: „Dem Stadtrat steht insbesondere zu: Festsetzen der Besoldungen und Behördenentschädigungen im Rahmen der Erlasse des Gemeinderates“. Diese Erlasse sind das Personalstatut und das Reglement zum Gehaltssystem. Auch an weiteren Stellen sind Kommentare darüber zu lesen, dass die Exekutive die alleinige Kompetenz hat zum Entscheid über das Ausmass der Lohnentwicklung. Im Kanton hat es die gleiche Situation gegeben: Der Regierungsrat hat sich für eine Lohnsteigerung von 3,2 Prozent ausgesprochen, der Kantonsrat hat eine tiefere Steigerung gewollt. Schliesslich hat das Personal die 3,2 Prozent der Exekutive erhalten.

Mit meinen Fragen an den Stadtrat möchte ich zur Klärung der Situation beitragen. Sollte es sich bewahrheiten, dass die alleinige Kompetenz zum Entscheid über das Ausmass der Lohnentwicklung in den Händen des Stadtrates liegt, steht ihm nichts im Wege, auf seinen Beschluss zurückzukommen und gemäss seiner eigenen Vorgabe zur Budgetierung 2009 dem Personal eine Steigerung von 3,1 Prozent zu gewähren. Ich gehe davon aus, dass er seine diesbezügliche Meinung in der Zwischenzeit nicht geändert hat.

Auch die geltenden Tarife für Mittagstisch und Horte können nach meiner Auffassung nicht über die entsprechende Ertragsposition im Budget durch die Legislative abgeändert werden. Dies geht nur über die Revision der geltenden Tarife selber. Diese sind die geltende Rechtsgrundlage. Ich zitiere aus dem Thalmann-Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz: „Beschiessen Gemeindeversammlung oder Grosse Gemeinderat Erhöhungen der Voranschlagspositionen, können sie dadurch die Behörden nicht einmal zwingen, entsprechende besondere Anträge zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Einnahmen zu unterbreiten“. Ich verstehe diesen Kommentar so, dass es in der Kompetenz der Schulpflege liegt, diese Tarife nach bestem Gewissen zu gestalten.

## 12. Vandalismus

### **Interpellation von Nicole Kappeler betr. Vandalismus in der Stadt Adliswil, Begründung und mündliche Beantwortung**

**Nicole Kappeler** stellt die am 5. Januar 2009 eingereichte Interpellation vor:

Die jüngsten Ereignisse von Vandalismus in Adliswil, bei welchem in der Silvesternacht eine Telefonkabine, ein Fahrrad und ein Auto angezündet wurden, stimmen mich sehr nachdenklich und haben mich zur folgenden Interpellation bewogen.

Dies sind nicht die ersten Vorkommnisse in Adliswil. Sind es doch jedes Jahr die Blumenkisten auf den Brücken in Adliswil, Scheiben auf der Bahnhofüberführung, Lampen auf dem Stadtareal, beschädigte parkierte Autos, aufgeschlitzte Pneus, verschmierte Wände und Mauern und vieles mehr. Der Vandalismus in unserer Stadt muss gestoppt und die Jugendlichen, welche diese Schäden verursachen, müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden.

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem SR diese Jugendlichen bekannt?
2. Aus was für einem Umfeld stammen sie?
3. Könnten, mit einem guten Betreuungsangebot, Gewalttendenzen frühzeitig erfasst und diesen gezielt entgegen gewirkt werden?
4. Wie hoch sind die Kosten, die sie verursachen bzw. verursacht haben?
5. Könnte dieses Geld besser eingesetzt werden, z.B. für gassenbezogene Jugendarbeit?
6. Ist die heutige projektbezogene Jugendarbeit Peppermind noch zeitgemäss?
7. Inwiefern leistet Peppermind ganz gezielt präventive Jugendarbeit zum Thema Jugendgewalt?

#### **Nicole Kappeler, zur Begründung:**

Der Vandalismus in unserer Stadt, welcher offensichtlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verursacht wird, muss gestoppt und sofern ermittelt und bekannt, müssen die Verursachenden konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn ich auf dem Friedhof an verschiedenen Orten auf leere Bierflaschen und wild verteilten Abfall stosse, welcher zu einem vermehrten Arbeitsanfall des städtischen Personal führt, oder wenn ich gar morgens um 03.00 Uhr aus dem Schlaf gerissen werde, weil die Abfallentsorgung aus dem eigenen Auto durch Jugendliche mitten auf der Strasse stattfindet, dann stellen sich bei mir doch einige Fragen. Das Ganze beginnt schon im kleinen, wenn die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Heimweg achtlos Abfall wegwerfen. Wenn ich sie darauf angesprochen habe, interessierte sie dies in keiner Weise. Hier kann man ja noch von pubertärem Trotz sprechen, ein Jugendlicher oder junger Erwachsener jedoch weiss, was er tut. Oft spielt Langeweile, Gruppenzwang und weiteres eine wichtige Rolle. Nach meiner mehrjährigen Erfahrung im Umgang mit Jugendlichen stimmen mich diese Vorkommnisse nachdenklich. Es kann nicht sein, dass zugeschaut wird, wie öffentlicher Grund verschmutzt, beschädigt oder geschändet wird, dies alles ohne Konsequenzen für die Verursachenden, jedoch auf Kosten der Steuerzahlenden. Wenn wir

schon beim Sparen sind, dann können wir hier vierteljährlich mehrere tausend Franken einsparen, welche durch Vandalismus anfallen. Mir ist bewusst, dass sich viele Jugendliche und junge Erwachsene engagieren und nicht zu diesen Gruppierungen gehören. Junge Menschen sind auf der Suche nach ihren Grenzen und Möglichkeiten, die soll man ihnen auch aufzeigen, ebenso die damit verbundenen Konsequenzen. Jeder Mensch ist für sein Handeln selber verantwortlich, Rückschlüsse auf eine schlimme Kindheit, die Eltern etc. sind aus meiner Sicht ab der Volljährigkeit nicht mehr als Entschuldigung zu tolerieren.

**Stadtrat Mario Fehr, zur mündlichen Beantwortung:**

Selbstverständlich hat auch der Stadtrat am Vandalismus keine Freude, wer auch immer ihn begangen hat, und auch wir sind der Meinung, dass Vandalismus gestoppt und bestraft werden muss, wo immer dies möglich ist.

Zur 1. Frage: Nein, es ist nicht bekannt, wer die Täterschaft war, auch nicht, woher sie stammt. Es ist nicht einmal bekannt, ob es Jugendliche waren. Ich finde, dass man nicht eine bestimmte Tätergruppe – Jugendliche, Ausländer etc. – nennen sollte, bevor klar ist, dass jemand einer bestimmten Gruppe eine Tat auch begangen hat. Im konkreten Fall vom Auto vertritt die Feuerwehr sogar, dass eine verirrte Rakete das Auto in Brand gesetzt hätte.

Zur 2. Frage: Weil wir nicht wissen, ob es Jugendliche waren, kennen wir auch das Umfeld nicht.

Zur 3. Frage: Ja, und das wird in Adliswil auch gemacht. Das PEPPERMIND ist mit der Polizei und der Schulsozialarbeit in regelmässigem Austausch, unter anderem auch zu Gewaltvorfällen von und unter Jugendlichen. In den Sekundarschulen werden regelmässig Veranstaltungen zur Gewaltprävention durchgeführt. Bei der Stadtpolizei gibt es einen eigenen Jugendbeauftragten und zudem eine ausgedehnte Patrouillentätigkeit. Nicht zuletzt gestützt auf diese Interpellation wird diese Zusammenarbeit noch intensiviert werden. Zu erwähnen sind aber auch die Erwachsenen: Es gibt eine Vorbild- und Erziehungsfunktion der Eltern. Auch wenn uns diese vandalen Vorfälle sehr ärgern, kann ich sagen, dass wir im Vergleich mit anderen Gemeinden keine besonders auffällige Jugendgewalt haben. Das spricht für die gemeinsamen Anstrengungen von Polizei, Jugendarbeit und Schule.

Zur 4. Frage: Die diesbezüglich verursachten Kosten können wir nicht genau beziffern, und zwar deshalb, weil viele Schäden auch bei Privaten entstehen.

Zur 5. Frage: Sicher. Wenn es in unserer Jugendarbeit ein Defizit gibt, dann haben wir das in der aufsuchenden Jugendarbeit im Sinne von regelmässiger Präsenz und Kontaktsuche auf öffentlichen Plätzen, und zwar weil die momentan vorhandenen Ressourcen leider nur beschränkt vorhanden sind. Gestützt auf diese Interpellation haben wir uns für das Projekt „Zivis in öffentlichem Raum“ beworben. Bei diesem Projekt sind zwei Zivildienstleistende während den Sommermonaten an öffentlichen Plätzen präsent sind.

Zur 6. Frage: Auf jeden Fall. Die projektorientierte Jugendarbeit ist sehr zeitgemäss und hat viel Pionierarbeit geleistet. Deshalb wird sie vielerorts eingeführt und umgesetzt (z.

B. Horgen, Wädenswil, Schlieren). Wir arbeiten aber nicht nur projektorientiert, sondern wir haben auch einen Oberstufentreff, einen Mädchentreff und die Beteiligung am Midnight-Basketball. Die PEPPERMIND-Leute gehen vermehrt auch an Orte, wo Jugendliche sind, z. B. an der Chilbi, am Fest der Kulturen etc. Im Übrigen möchte ich nicht die finanziellen Mittel einzig und alleine auf diejenigen konzentrieren, die sogenannten Problemgruppe angehören mögen. In dieser Stadt haben auch diejenigen Jugendlichen Anrecht auf eine sinnvolle Freizeitgestalt, die eben nicht verhaltensauffällig sind.

Zur 7. Frage: Wir glauben, dass alle Jugendlichen, die etwas Sinnvolles machen, weniger sucht- und gewaltgefährdet und sozial integrierter sind. Sinnvolles bieten vor allem Vereine und Private, unsere Angebote sind ergänzend. Deshalb unterstützen wir auch die Vereine. Wir haben aber gewaltpräventive Projekte wie z. B. "girlpower" (Selbstverteidigungskurse) oder „Selbstbewusst und Stark“. Wir glauben auch, dass Angebote wie Midnight-Basketball oder die Skate-Anlage gewaltpräventiv sind. Wir haben insgesamt eine erfolgreiche Jugendarbeit, dies auch deshalb, weil sie von der Adliswiler Politik getragen wird.

**Nicole Kappeler:**

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen. Für mich ist auch klar, dass man vorsichtig sein muss, wenn man bei Vandalismus bestimmte Personengruppen verdächtigt. Je nach Beschädigung muss man aber m. E. davon ausgehen, dass es sich bei den Verursachenden um Jugendliche handelt. Dass sich Jugendgewalt in Adliswil nicht verschärft haben soll, sehe ich nicht so. Im letzten halben Jahr habe ich vermehrt von Jugendlichen, mit denen ich sehr aktiven Kontakt habe, gehört, dass sie sich nachts auf dem Nachhauseweg bedroht fühlen und z. T. tätlich angegriffen werden. Zum Projekt „Zivis“: Es freut mich sehr, dass dies angegangen wird. Zu meiner Frage „Ist die heutige projektbezogene Jugendarbeit PEPPERMIND noch zeitgemäss“ denke ich, dass bereits eine Anpassung stattgefunden hat, also war sie nur noch teilweise zeitgemäss, und ich freue mich, dass die Offenheit für Veränderungen vorhanden ist. Zum projektorientierten PEPPERMIND kann ich sagen, dass „Midnight-Basketball“ eine ausgezeichnete Sache ist, vielleicht könnte man dies auch in einer Silvesternacht anbieten. Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass es am Freitagabend für minderjährige Jugendliche sehr wenige Ausgangsmöglichkeiten gibt, vielleicht könnte man mit einem Jugendkaffee eine Möglichkeit bieten.

**Stadtrat Mario Fehr:**

Die Idee vom Jugendkaffee haben wir mehrfach aufgenommen, u. a. hat auch die katholische Kirche dies mehrfach - wenn auch mit schmerzvollen Erfahrungen - gemacht. Die Anregung vom Silvester-Midnight-Basketball haben wir aufgenommen, und ich habe den Eindruck, wir haben eine erste Freiwillige gefunden...

Schluss der Sitzung: 22.00

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin